

Herr Gleß informierte darüber, dass er bereits zu einem Treffen des Arbeitskreises ÖPNV eingeladen habe. Dieser sollte sich sowohl mit der Führung der Buslinie 517 als auch mit dem weiteren Umgang mit den barrierefreien Bushaltstellen befassen. Zu Letzterem lägen bereits einige Stellungnahmen aus den Fraktionen vor, bei welchen die Meinungen jedoch teilweise sehr weit auseinander lägen. Er befürchte, dass sich hierdurch eine Gemengelage ergeben könne, welche nicht durch eine normale Beratung im UPV gelöst werden könne. Dieses entspreche jedoch gleichfalls der in der letzten Sitzung beschlossenen Vorgehensweise. Dies bedeute aber auch, dass man auf der beschlossenen Bürgerinformationsveranstaltung in Mülldorf die Bürger frühzeitig zu deren Meinungen befragen werde, welche dann in die weitere Planung Einzug halten würden.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion fragte nach, ob die Abstimmungen im Arbeitskreis ÖPNV erfolgen sollten. Nach ihrem Verständnis sei seinerzeit angedacht gewesen, dies interfraktionell zu tun.

Frau Jung von der FDP-Fraktion fragte an, ob die besagte Bürgerversammlung vor oder nach der interfraktionellen Abstimmung beziehungsweise dem ÖPNV-Arbeitskreis erfolgen solle.

Weiterhin stellte sie die Frage, ob es auch zu anderen Bushaltestellen die Möglichkeit gebe, Bürgerbeteiligungen zu initiieren. Hier seien für sie vor allem Meindorf sowie Menden/Markt ein Thema.

Der Ausschussvorsitzende betonte, dass es auch möglich sei, in den Arbeitskreis andere Mitglieder als sonst zu entsenden, da es sich hierbei nicht um ein offizielles politisches Gremium handele.

Herr Gleß gab zu bedenken, dass die verschiedenen Eingaben zunächst sortiert werden müssten. Hierzu sollte der Arbeitskreis ÖPNV im kleinen Kreis jede einzelne Bushaltestelle diskutieren. Gegebenenfalls führe dies im Einzelfall auch zu dem Ergebnis, dass man in die Bürgerschaft gehe. Dies könne dann über Informationsveranstaltungen oder über Postwurfsendungen an die unmittelbar Betroffenen erfolgen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlug vor, im Arbeitskreis ÖPNV zunächst jene Bushaltestellen auszusortieren, welche unstrittig seien.

Herr Gleß teilte weiter mit, dass hinsichtlich des Nahversorgers in Birlinghoven zwischenzeitlich der Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Einmündung zum Baugrundstück an den Landesbetrieb Straßen versandt worden sei. Grundsätzlich bestehe bezüglich der Vereinbarungen bereits Einvernehmen mit dem Landesbetrieb. Es gebe jedoch auch Punkte, welche dem Investor zuzuschreiben seien. Hierzu merkte er an, dass dessen Bemühungen zur Vorlage notwendiger Unterlagen etwas zu wünschen übrig ließen. Beispielsweise habe man dem Investor vorgeschlagen, das Quantum an landschaftsökologischen Ausgleichsflächen dadurch zu reduzieren, dass er möglicherweise auf dem Dach des Verbrauchermarktes eine Grünfläche anlege. Dies sei vor vier Monaten erfolgt. Bis heute habe die Stadt hierzu keine Antwort erhalten. Aufgrund dessen wisse die Stadt nun nicht, wieviel Ausgleichsflächen noch benötigt und

mit deren Eigentümer verhandelt werden müssten. Er sehe das Projekt als Ganzes jedoch nicht gefährdet, da bereits zu viel Geld seitens des Investors investiert worden sei.

Weiterhin berichtete er über die Einrichtung eines Arbeitskreises beim Rhein-Sieg-Kreis zur Beschleunigung der Linie 66. An diesem nehme die Stadt Sankt Augustin zwar nicht teil. Es sei seitens des Kreises jedoch zugesichert worden, dass die Stadt vor in Kraft treten einer Maßnahme informiert beziehungsweise beteiligt werde.

Schließlich informierte er darüber, dass der Förderung zur Teilnahme am European Energy Award mit dem Förderhöchstsatz von 80% zwischenzeitlich stattgegeben wurde.

Herr Metz fragte hinsichtlich einer schriftlichen Mitteilung bezüglich der Parkplatzsituation am neuen Kreisel in Niederpleis an, wie die Verwaltung ihren Verweis ableite, dass für die Ausgestaltung des Parkplatzes auch Veranstaltungen eine Rolle gespielt haben sollten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es ja auch den Jakob-Fußhöller-Platz gebe. Weiterhin stelle sich ihm die Frage, wer die Kosten für diese Maßnahme übernehme beziehungsweise ob dies im Haushalt der Stadt berücksichtigt sei.

Frau Feld-Wielpütz fügte ergänzend hinzu, dass sie es vor dem Hintergrund des zu erstellenden Ortsteilentwicklungskonzeptes Niederpleis begrüßt hätte, wenn bezüglich der Frage eine Erörterung erfolgt wäre, ob dies eine alternative Fläche sei. Im Flächennutzungsplan sei diese Fläche entsprechend anders ausgewiesen. Sie stimmte Herrn Metz zu, dass es sicherlich interessant gewesen wäre, den Jakob-Fußhöller-Platz mit in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Gleß räumte ein, dass es sicherlich günstiger gewesen wäre, angesichts der sich überstürzenden Ereignisse in Niederpleis zu diesem Thema eine Sitzungsvorlage zu erstellen.

Herr Hennig führte aus, dass es seitens der Politik immer Bedenken gegeben hätte, dass die notwendigen Stellplätze im Bereich des neuen Fachmarktzentrums nicht ausreichend seien. Daraufhin habe die Verwaltung versucht Bereiche zu finden, wo weitere Stellplätze möglich wären, welche dann vorwiegend von den dort Beschäftigten genutzt werden könnten. Ausgangspunkt der jetzigen Überlegung sei gewesen, dass im Zuge des Baus des Kreisels eine Baustraße in diesen Bereich angelegt würde, sodass man preiswert den Unterbau für einen Parkplatz erhalte. Weiterhin bekomme die dort im Anschluss befindliche Bäckerei Stellplätze in diesem Bereich zur Verfügung gestellt. Dies habe man dem Ausschuss nun zur Kenntnis geben wollen. Hinsichtlich der gestellten Fragen könne er heute lediglich mitteilen, dass die Maßnahme auf städtischem Grundstück erfolge. Weiterhin sei durchaus angedacht, Ideen aus der Rahmenplanung Niederpleis zu übernehmen. Diese wären auch noch mit Anlage dieses Parkplatzes möglich.

Der Ausschussvorsitzende regte an, dass die Verwaltung die ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen dem Protokoll beifüge und, falls gewünscht, in der nächsten Sitzung des UPV hierzu einen Tagesordnungspunkt erstelle.

Herr Metz regte an, dass der Vorschlag der Verwaltung zur Entscheidung gestellt

werden sollte, da ansonsten die Gefahr bestehe, dass man die Maßnahme bereits jetzt umsetze. Insofern schlage er vor, hierzu eine Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen.

Der Ausschussvorsitzende bat Herrn Gleß um eine Stellungnahme inwieweit er zusagen könne, dass ohne Beteiligung des Ausschusses keine Fakten geschaffen würden.

Herr Gleß sagte, dass er diese Zusage machen könne. Ihm sei die Tragweite des in seinen Augen richtigen Handelns der Verwaltung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht bewusst gewesen. Man habe viele Gedanken, welche aus dem Ausschuss kamen, aufgegriffen und versucht umzusetzen. Dies sei mit dem glücklichen Umstand beseelt, dass der Inhaber der Bäckerei darum gebeten habe, auf dem 3 Meter schmalen Streifen entlang seines Hauses einige Stellplätze errichten zu dürfen. Diesem Ansinnen sei man nachgekommen. Nun sei jedoch möglicherweise ein politischer Beschluss hierfür notwendig, sodass es sicherlich geboten sei, die Maßnahme, welche sich zurzeit noch in der Vorentwurfsphase befinde, vorerst zu stoppen. Es wäre jedoch schön, wenn man im Zuge der Errichtung des Baustellenbypasses diesen nutzen und den entsprechenden Untergrund gleich miterstellen könnte. Er schlage vor, diesen Vorentwurf zusammen mit der Beantwortung der soeben gestellten Fragen in die Fraktionen zu geben. Die Fraktionen würden dann innerhalb eines näher zu bestimmenden Zeitraums ihre Stellungnahmen hierzu abgeben. Die Verwaltung würde diese dann auswerten und gegebenenfalls eine Dringlichkeitsentscheidung oder im nächsten sich bietenden Ausschuss einen politischen Beschluss herbeiführen.

Der Ausschussvorsitzende regte an, dass eine Fraktion aufgrund des offensichtlichen Diskussionsbedarfs einen Geschäftsordnungsantrag stelle, damit dieser Punkt als Tagesordnungspunkt aufgenommen werden könne. Für weitergehende Diskussionen sei der Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ nicht der richtige.

Daraufhin stellte Herr Metz den Antrag auf Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes „Parkplatzsituation Kreisel Niederpleis“.

Dann ließ der Ausschussvorsitzende über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Der Ausschuss stimmte diesem einstimmig zu.

Protokollnotiz:

Die weitere Protokollierung der sich anschließenden Diskussion erfolgt unter

TOP 8.1.3 „Mündlicher Antrag – Parkplatzsituation Niederpleis“.